

Bankrecht

Bearbeitet von
Von Hans-Peter Schwintowski

5. Auflage 2018. Buch. 1540 S. Hardcover
ISBN 978 3 452 28796 0

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Bankrecht, Kapitalmarktrecht > Bankrecht,
Börsenrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungen	XLI

Erster Teil Grundlagen des Bankrechts..... 1

Kapitel 1 Begriff – Methodik – Rechtsquellen – Bankvertrag	1
A. Das Recht der Bankgeschäfte – die Perspektive dieses Werkes.....	1
B. Begriff des Bankrechts	3
C. Methodik der Auslegung	5
D. Rechtsquellen	9
E. Der Allgemeine Bankvertrag	10

Kapitel 2 Geschichtliche Entwicklungslinien des Bankwesens und des Bankrechts .. 15

A. Die Entstehung des Geldes	17
B. Frühgeschichtliche Grundlagen des Bankwesens und des Bankrechts	18
C. Die Entstehung und Entwicklung des Bank- und Kreditwesens	19
I. Das Bank- und Kreditwesen in frühen Hochkulturen	20
II. Das Bank- und Kreditwesen in Rom	22
III. Entwicklung des Bank- und Kreditwesens von den Germanen bis zum Mittelalter (ca. 375-1700 n. Chr.)	24
IV. Das kanonische Zinsverbot.....	27
V. Entwicklung des Bank- und Kreditwesens in Neuzeit und Moderne	32
VI. Die Entwicklung der Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel	34
VII. Das Notenbankwesen	35
D. Die Entstehung und Entwicklung zentraler Bankgeschäfte	39
I. Das Einlagengeschäft.....	39
II. Das Geldwechselgeschäft.....	39
III. Das Girogeschäft	40
IV. Das Darlehensgeschäft	43

Kapitel 3 Allgemeine Geschäftsbedingungen

A. Grundlagen	51
B. Rechtsnatur und Einbeziehungsvoraussetzungen	52
I. Rechtsnatur	52
II. Einbeziehungsvoraussetzungen	52
C. Die AGB-Banken/Sparkassen	56
I. Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank	56
(1) Geltungsbereich.....	56
(2) Änderungen	56
Nr. 2 AGB/B: Bankgeheimnis und Bankauskunft	57
(1) Bankgeheimnis	57
(2) Bankauskunft	57
(3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft	57
(4) Empfänger von Bankauskünften	58
Nr. 3 AGB/B: Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden	58
(1) Haftungsgrundsätze	58
(2) Weitergeleitete Aufträge	58
(3) Störung des Betriebs	58
Nr. 4 AGB/B: Grenzen der Aufrechnungsbefugnis des Kunden	60
Nr. 5 AGB/B: Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden	61

	Nr. 6 AGB/B: Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden	62
	(1) Geltung deutschen Rechts	62
	(2) Gerichtsstand für Inlandskunden	62
	(3) Gerichtsstand für Auslandskunden	63
II.	Kontoführung	64
	Nr. 7 AGB/B: Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)	64
	(1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse	64
	(2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen	64
	Nr. 8 AGB/B: Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank	66
	(1) Vor Rechnungsabschluss	66
	(2) Nach Rechnungsabschluss	66
	(3) Information des Kunden; Zinsberechnung	66
	Nr. 9 AGB/B: Einzugsaufträge	68
	(1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung	68
	(2) Einlösung von Lastschriften und vom Kunden ausgestellter Schecks	69
	Nr. 10 AGB/B: Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten	70
	(1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten	70
	(2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden	70
	(3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank	70
	(4) Wechselkurs	70
III.	Mitwirkungspflichten des Kunden	71
	Nr. 11 AGB/B: Mitwirkungspflichten des Kunden	71
	(1) Mitteilung von Änderungen	71
	(2) Klarheit von Aufträgen	71
	(3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags	72
	(4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank	72
	(5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen	72
IV.	Kosten der Bankdienstleistungen	73
	Nr. 12 AGB/B: Zinsen, Entgelte und Aufwendungen	73
	(1) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Verbrauchern	73
	(2) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Kunden, die keine Verbraucher sind	74
	(3) Nicht entgeltfähige Leistung	74
	(4) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung	74
	(5) Änderung von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen	74
	(6) Ersatz von Aufwendungen	75
	(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in einer EWR-Währung	75
V.	Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden	78
	Nr. 13 AGB/B: Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten	78
	(1) Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten	78
	(2) Veränderungen des Risikos	78
	(3) Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten	79
	Nr. 14 AGB/B: Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank	80
	(1) Einigung über das Pfandrecht	80
	(2) Gesicherte Ansprüche	80
	(3) Ausnahmen vom Pfandrecht	80
	(4) Zins- und Gewinnanteilscheine	81
	Nr. 15 AGB/B: Sicherungsrechte an Einzugspapieren und diskontierten Wechseln	83
	(1) Sicherungsübereignung	83
	(2) Sicherungsabtretung	83
	(3) Zweckgebundene Einzugspapiere	83
	(4) Gesicherte Ansprüche der Bank	84
	Nr. 16 AGB/B: Begrenzung des Besicherungsanspruchs und Freigabeverpflichtung	84
	(1) Deckungsgrenze	84

	(2) Freigabe	84
	(3) Sondervereinbarungen	85
	Nr. 17 AGB/B: Verwertung von Sicherheiten	85
	(1) Wahlrecht der Bank	85
	(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht	85
VI.	Kündigung	86
	Nr. 18 AGB/B: Kündigungsrechte des Kunden	86
	(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht	86
	(2) Kündigung aus wichtigem Grund	86
	(3) Gesetzliche Kündigungsrechte	86
	Nr. 19 AGB/B: Kündigungsrechte der Bank	87
	(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist	87
	(2) Kündigung unbefristeter Kredite	87
	(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist	87
	(4) Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen bei Verzug	87
	(5) Abwicklung nach einer Kündigung	88
VII.	Schutz der Einlagen	89
	Nr. 20 AGB/B: Einlagensicherungsfonds	89
	(1) Schutzzumfang	89
	(2) Ausnahmen von Einlegerschutz	89
	(3) Ergänzende Geltung des Status des Einlagensicherungsfonds	89
	(4) Forderungsübergang	89
	(5) Auskunftserteilung	89
VIII.	Ombudsmannverfahren	90
	Nr. 21 AGB/B: Außergerichtliche Streitschlichtung	90
	Kapitel 4 Bankgeheimnis – Bankauskunft – Datenschutz	93
A.	Das Bankgeheimnis	94
I.	Begriff und Funktion	94
II.	Grundlagen	95
	1. Rechtsgrundlage des Bankgeheimnisses	95
	2. Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen	95
	3. Bankgeheimnis und Datenschutz	98
	a) Anwendungsbereich des Datenschutzrechts	98
	b) Verhältnis zwischen Datenschutzrecht und Bankgeheimnis	98
	c) Datenschutzrechtliche Grundsätze	98
III.	Inhalt des Bankgeheimnisses	100
	1. Kundenbezogene Tatsachen und Wertungen	100
	2. Geschützter Personenkreis	102
	3. Geheimhaltungspflichtiger Personenkreis	102
	4. Das Bankgeheimnis im Zivilprozess	104
IV.	Grenzen des Bankgeheimnisses	105
	1. Einwilligung des Kunden	105
	2. Strafprozess	106
	3. Geldwäscheprävention	108
	4. Steuerrecht	109
	5. Bank- und Kapitalmarktaufsichtsrecht	111
	6. Kollision des Bankgeheimnisses mit den Interessen der Bank und Dritter	111
	a) Drittinteressen	111
	b) Eigeninteressen der Bank	112
V.	Rechtsfolgen der Verletzung des Bankgeheimnisses	114
B.	Die Bankauskunft	116
I.	Grundsätze	116
II.	Haftung für fehlerhafte Auskünfte	118
	1. Anspruchsgrundlage	118
	2. Sorgfaltspflichtverletzung	119
	3. Kausalität, Schaden und Mitverschulden	121
	4. Konkurrierende Anspruchsgrundlagen	122

C.	SCHUFA-Verfahren	122
I.	Funktion von Kreditauskunfteien	122
II.	Übermittlung von Kundendaten an Auskunfteien	123
III.	Nachberichtigungspflicht und Ansprüche wegen fehlerhafter SCHUFA-Einträge	126
Kapitel 5 Bankenaufsichtsrecht		129
A.	Allgemeines	134
I.	Ökonomische Funktion der Banken	134
	1. Verteilung von Kapital und Risiko	134
	2. Instituts- und Systeminstabilität	135
	3. Banken und die staatliche Währungs- und Wirtschaftspolitik	137
II.	Das deutsche Bankensystem im internationalen Kontext	138
	1. Universalbankensystem	138
	2. Trennbankensystem	140
III.	Ziele des Bankenaufsichtsrechts	141
	1. Funktionsschutz	142
	2. Sicherung eines gemäßigten Bankenwettbewerbs	144
	3. Ausreichende Versorgung mit Bankdienstleistungen	145
	4. Kein Individualschutzzweck	145
	5. Inhaltliche Kontrolle der Bankgeschäfte	146
IV.	Ausgestaltung des Aufsichtssystems	149
	1. Staatliche Aufsicht vs. Selbstregulierung	149
	2. Internationale vs. nationale Aufsicht	151
	3. Bankenunion	152
	a) Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM)	153
	b) Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM)	155
V.	Aufsichtsbehörden	157
	1. Nationale Aufsichtsbehörden	157
	a) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	157
	b) Deutsche Bundesbank	159
	c) Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	160
	2. Europäische Aufsichtsbehörden	160
	a) Europäische Zentralbank	160
	b) Abwicklungsgremium (SRB)	161
	c) Sonstige Europäische Aufsichtsbehörden	161
	3. Internationale Behörden und Gremien	162
VI.	Aufsichtshandeln	163
	1. Maßnahmen der BaFin	163
	a) Mitteilungen und Rundschreiben	163
	b) Anordnungen und andere Verfügungen	165
	c) Schlichtes Verwaltungshandeln	166
	2. Maßnahmen der EZB	167
	a) Allgemeingültige Rechtsakte der EZB	167
	b) Aufsichtsbeschlüsse und sonstige Maßnahmen der EZB	167
	3. Anwaltliches Vorgehen	168
	a) Akteneinsicht und sonstige Informationsgewinnung	168
	b) Vorgehen gegen Anordnungen und sonstige Verwaltungsakte der BaFin	169
	c) Vorgehen gegen Maßnahmen der EZB	170
	d) Vorgehen gegen informelle Maßnahmen der BaFin	171
B.	Gegenstand der Aufsicht	171
I.	Adressaten	171
II.	Beaufsichtigte Geschäfte	173
	1. Allgemeines	173
	2. Bankgeschäfte	174
	a) Einlagengeschäft	174
	b) Pfandbriefgeschäft	177
	c) Kreditgeschäft	177
	d) Finanzkommissionsgeschäft	178

	e) Depotgeschäft	179
	f) Emissionsgeschäft	180
	g) Zentrale Gegenpartei	181
	h) Sonstige Geschäfte	182
3.	Finanzdienstleistungen	182
	a) Anlagevermittlung	182
	b) Anlageberatung	183
	c) Anlageverwaltung	183
	d) Finanzportfolioverwaltung	184
	e) Eigenhandel	184
	f) Finanzierungsleasing	185
	g) Sonstige Geschäfte	185
C.	Erlaubnispflicht	186
I.	Erlaubniserteilung	186
	1. Verfassungsmäßigkeit der Erlaubnispflicht	186
	2. Verfahren der Erlaubniserteilung im Rahmen des SSM	187
	3. Kriterien	188
	a) Ausreichende Anfangskapitalisierung	188
	b) Anforderungen an die Geschäftsleiter	189
	c) Anforderungen an Mitglieder des Aufsichtsorgans	191
	d) Zuverlässigkeit anderer maßgeblicher Personen	193
	e) Sonstige Voraussetzungen	193
	4. Beschränkungen der Erlaubnis	194
	5. Geschäfte mit Auslandsbezug	194
II.	Ausnahmen von der Erlaubnispflicht	197
	1. Konzernprivileg	197
	2. Terminbörsenprivileg	198
	3. Komplementärgeschäfte	199
	4. Warenprivileg	200
	5. Sonstige Ausnahmen	200
	6. Freistellung im Einzelfall	200
III.	Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis	201
	1. Erlöschen mangels Gebrauchs der Erlaubnis	201
	2. Aufhebung durch die zuständige Aufsichtsbehörde	202
	a) Ruhen des Geschäftsbetriebs	203
	b) Betrieb als Einzelkaufmann	204
	c) Bekanntwerden von Tatsachen für die Versagung der Erlaubnis	204
	d) Gläubigergefährdung	205
	e) Verstoß gegen Aufsichtsrecht	206
	f) Insolvenzeröffnung	206
IV.	Folgen unerlaubter Geschäfte	206
	1. Zivilrechtliche Folgen	206
	a) Keine Nichtigkeit (§ 134 BGB)	206
	b) Deliktische Ersatzpflicht	207
	2. Straf- und öffentlich-rechtliche Konsequenzen	207
D.	Laufende Aufsicht	208
I.	Eigenmittelanforderungen	208
	1. Eigenkapital und Eigenmittel	208
	2. Bestandteile der Eigenmittel	209
	a) Hartes Kernkapital	210
	b) Zusätzliches Kernkapital	211
	c) Ergänzungskapital	212
	3. Angemessenheit der Eigenmittel	213
	a) Ausmaß der Unterlegungspflicht	213
	b) Risikogewichtung	215
II.	Verschuldungsquote	217

III.	Liquiditätsanforderungen	218
	1. Qualitative Anforderungen	218
	2. Quantitative Anforderungen	219
IV.	Reglementierung des Kreditgeschäfts	220
	1. Großkredite	220
	2. Kreditprüfung gem. § 18 KWG	221
	3. Kredite an nahestehende Personen	221
V.	Organisationspflichten	222
	1. Risikomanagementsystem	222
	2. Notfallkonzept, Sanierungs- und Abwicklungsplanung	225
VI.	Informationsquellen der Aufsicht	225
	1. Allgemeines	225
	2. Basismeldewesen und FINREP	227
	3. Anzeigepflichten	227
	4. Groß- und Millionenkredite	228
	5. Jahresabschluss und Berichtspflichten des Prüfers	228
	6. Depotprüfung	229
	7. Allgemeines Auskunftsrecht und Sonderprüfungen	230
	a) Routineprüfungen	230
	b) Sonderprüfungen	231
VII.	Sonstige Maßnahmen	232
	1. Abberufung von Geschäftsleitern	232
	a) Verwarnung	232
	b) Abberufungsverlangen und Tätigkeitsverbot	232
	2. Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsorgans	234
	3. Einstweilige Maßnahmen bei Gefahr	234
E.	Finanzielle Schwierigkeiten eines Instituts	235
I.	Überblick	235
II.	Ad-hoc-Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin	237
	1. Allgemeines	237
	2. Garantien	238
	3. Rekapitalisierung	239
	4. Risikoübernahme	240
	5. Exkurs: Good-Bank	241
	6. Bad-Bank	241
	a) Zweckgesellschaftsmodell	241
	b) Konsolidierungsmodell	242
III.	Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem KredReorgG	242
	1. Allgemeines	242
	2. Sanierungsverfahren	244
	3. Reorganisationsverfahren	244
	a) Verfahrensgang	245
	b) Voraussetzungen	246
IV.	Maßnahmen nach dem SAG	246
	1. Anwendungsbereich	246
	2. Sanierungs- und Abwicklungsplanung	247
	a) Sanierungsplan	247
	b) Abwicklungsplan	247
	3. Frühintervention	248
	4. Abwicklungsmaßnahmen	248
	a) Abwicklungsvoraussetzungen	249
	b) Rechtsfolge	251
	c) Übertragungsinstrumente	252
	d) Bail-in Instrumente	253
	e) Sonstige Befugnisse	257
V.	Abwicklungsfinanzierung	258

Zweiter Teil Bankgeschäfte	261
Kapitel 6 Einlagengeschäft	261
A. Das Einlagengeschäft nach dem KWG	261
I. Der Begriff Einlagengeschäft	261
II. E-Geld-Geschäft	265
III. Untersagung unerlaubter Einlagengeschäfte	267
B. Bürgerlich-rechtlicher Einlagenbegriff	267
C. Einlagearten	268
I. Sichteinlagen	269
II. Termineinlagen	269
III. Spareinlagen	269
IV. Zinsanspruch	271
Kapitel 7 Konto	273
A. Rechtsgrundlagen des Kontos	274
B. Typische Kontoformen	275
I. Eigenkonten	276
II. Gemeinschaftskonten	277
1. Das Und-Konto	277
2. Das Oder-Konto – Abgrenzung zum P-Konto	280
III. Fremdkonten	283
IV. Sonderkonten	284
V. Treuhandkonten	284
VI. Anderkonten	287
VII. Sperrkonten	288
VIII. Nummernkonten	290
IX. CpD-Konten	290
C. Die Kontoerrichtung	290
D. Kontoeröffnung mit Legitimationsprüfung (§ 154 AO)	292
Kapitel 8 Bestimmung des Kontoinhabers	297
Vorbemerkung	297
A. Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung des Kontoinhabers	298
B. Problematische Fallgruppen	298
I. Die Bestimmung des Kontoinhabers beim Girokonto	298
II. Die Bestimmung des Kontoinhabers bei möglicher Drittbegünstigung	299
III. Kontoinhaber bei Abtretung und Schenkung auf den Todesfall	300
IV. Die Bestimmung des Kontoinhabers beim Sparbuch	304
1. Die Zahlung an den (berechtigten) Kontoinhaber	304
2. Die befreiende Zahlung an den Nichtberechtigten	307
C. Die Bestimmung des Kontoinhabers im Fall der Stellvertretung	310
I. Die Erteilung der Vollmacht	310
II. Form der Vollmacht	311
III. Umfang der Vertretungsmacht	311
IV. Missbrauch der Vertretungsmacht	313
D. Die Bestimmung des Kontoinhabers im Erbfall	317
Kapitel 9 Zahlungsdienste	321
A. Grundlagen	326
I. Historie – Funktionen	326
II. Der Begriff Girogeschäft	328
III. Das Überweisungsgesetz vom 21. Juli 1999	329
IV. Die Zahlungsdiensterichtlinie 2007/64/EG	329
V. Die Zahlungsdiensterichtlinie 2015/2366 (EU) – Gesetzentwurf vom 13.03.2017	330
B. Zahlungsdienste	332
I. Gesetzgebungstechnischer Hintergrund	332
II. Allgemeine Vorschriften	333
1. Zahlungsdienste und elektronisches Geld (§ 675c BGB)	333

2.	Unterrichtung bei Zahlungsdiensten (§ 675d BGB)	334
a)	Informationspflicht	334
b)	Anwendungsbereich	336
c)	Beweislast	336
d)	Entgelt	336
e)	Informationspflichten gegenüber anderen	337
3.	Abweichende Vereinbarungen (§ 675e BGB)	337
a)	Günstigere Regelungen	337
b)	Drittstaatsverhältnisse	337
c)	Zahlungsvorgänge in Fremdwährung	338
d)	Zahlungsdienste für Unternehmen	338
III.	Spezielle Regelungen	339
1.	Zahlungsdienstevertrag (§ 675f BGB)	339
a)	Zahlungsdienstevertrag – Abs. 1	340
b)	Zahlungsdiensterrahmenvertrag – Abs. 2	341
c)	Zahlungsvorgang – Zahlungsauftrag – Abs. 3	342
d)	Entgelt – Abs. 4	342
e)	Surcharging – Abs. 5	344
2.	Kontokorrentabrede	345
a)	Rechtswirkungen des Kontokorrents	346
b)	Wirtschaftliche Funktion	353
c)	Beendigung des Kontokorrents	355
d)	Einzelprobleme	356
3.	Änderungen des Zahlungsdiensterrahmenvertrags (§ 675g BGB)	361
a)	Zustimmung	361
b)	Zustimmungsfiktion	362
c)	Änderungen von Zinssätzen oder Wechselkursen	362
d)	Benachteiligungsverbot	363
4.	Ordentliche Kündigung eines ZDRV (§ 675h BGB)	363
a)	Ordentliche Kündigung des ZDN (Abs. 1)	364
b)	Ordentliche Kündigung durch den ZDL	364
c)	Rechtsfolgen	365
5.	Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente und elektronisches Geld (§ 675i BGB)	365
a)	Kleinbetragsinstrument	366
b)	Zulässige Vereinbarungen für KBI (Abs. 2)	366
c)	Sonderregelungen für E-Geld	366
6.	Autorisierung von Zahlungsvorgängen (§ 675j BGB)	367
a)	Zustimmung (Autorisierung)	367
b)	Widerruf	371
7.	Nutzungsbegrenzung (§ 675k BGB)	372
a)	Betragsobergrenzen	372
b)	Sperren	372
8.	Pflichten des Zahlers in Bezug auf ZAuFI (§ 675l BGB)	373
a)	Objektive Sorgfaltspflichten	373
b)	Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen	374
c)	Anscheinsbeweis	378
d)	Kein Abweichen zum Nachteil des ZDN	379
9.	Pflichten des Zahlungsdienstleisters in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente (§ 675m BGB)	380
a)	Pflichten des ZDL	380
b)	Versendungsgefahr	381
10.	Zugang von Zahlungsaufträgen (§ 675n BGB)	381
a)	Wirksamkeit des Zahlungsauftrags	381
b)	Zahlungsaufträge zu einem bestimmten Termin	383
11.	Ablehnung von Zahlungsaufträgen (§ 675o BGB)	383
a)	Unterrichtung bei Ablehnung	384
b)	Ausführungspflicht	386
c)	Keine Haftung für nicht erfolgte oder fehlerhafte Ausführung	386

12. Unwiderruflichkeit eines Zahlungsauftrags (§ 675p BGB)	386
a) Unwiderruflichkeit nach Zugang	386
b) Zahlungsvorgang vom Zahlungsempfänger ausgelöst	387
c) Widerruf bei Terminbestimmung	388
d) Vereinbarung einer verlängerten Widerrufsfrist	388
e) Zahlungsdienstleister untereinander	388
13. Entgelte bei Zahlungsvorgängen (§ 675q BGB)	389
a) Abzugsverbot	389
b) Entgelte des ZDL des ZDN	389
c) Entgelt-Sharing	390
14. Ausführung eines Zahlungsvorgangs anhand von Kundenkennungen (§ 675r BGB)	390
a) Ordnungsgemäße Ausführung mit Kundenkennung	390
b) Kundenkennung	392
c) Unterrichtung des Zahlers bei Zuordnungsproblemen	392
15. Ausführungsfrist für Zahlungsvorgänge (§ 675s BGB)	393
a) Grundsätze	393
b) Auf den Zugangszeitpunkt folgender Geschäftstag	394
c) Vereinbarte Fristen	394
16. Wertstellungsdatum und Verfügbarkeit von Geldbeträgen (§ 675t BGB)	395
a) Wertstellungszeitpunkt bei Gutschriften	395
b) Verfügbarkeit und Wertstellung bei Bareinzahlungen	398
c) Wertstellung von Belastungen	398
d) Zurückweisung der Gutschrift	399
e) Stornierung von Gutschriften	400
17. Haftung des ZDL für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge (§ 675u BGB)	403
a) Das Grundkonzept	403
b) Abschließender Charakter der Norm	404
c) Erstattungsanspruch des ZDN	405
d) Weitere Rechtsfolgen	406
18. Haftung des Zahlers bei missbräuchlicher Nutzung eines ZAuFI (§ 675v BGB)	406
a) Das Konzept von § 675v BGB	406
b) Haftung des Zahlers vor Anzeige	407
c) Grobe Fahrlässigkeit – Vorsatz	408
d) Kein Schadensersatz nach Anzeige	413
19. Nachweis der Authentifizierung (§ 675w BGB)	414
a) Grundkonzept	414
b) Authentifizierung	414
c) Beweisanforderungen	414
20. Erstattungsanspruch bei vom Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgängen (§ 675x BGB)	415
a) Grundsätze	415
b) Erstattungsanspruch für bestimmte Fälle	416
c) Erstattungsrecht bei Lastschriften	417
d) Abbuchungsauftragsverfahren (wirksam bis 01.02.2014)	418
e) Ausschlussfrist von acht Wochen	419
f) Erstattung – Angabe von Gründen	419
g) Nachträglich autorisierte Lastschriften	419
h) SEPA-Lastschrift	419
i) Das Einzugsermächtigungsverfahren (EEV)	422
j) Modifiziertes Einzugsermächtigungsverfahren	423
21. Haftung des ZDL bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags; Nachforschungspflicht (§ 675y BGB)	424
a) Vom Zahler ausgelöster Zahlungsvorgang (Abs. 1)	424
b) Vom Zahlungsempfänger ausgelöster Zahlungsvorgang (Abs. 2)	426
c) Keine Haftung bei fehlerhafter Kundenkennung	426
d) Erstattung der Entgelte und Zinsen (Abs. 4)	427
e) Nachforschungspflicht (Abs. 5)	428

22. Sonstige Ansprüche – Haftungsbegrenzung (§ 675z BGB)	428
a) Abschließende Regelung	428
b) Haftungsbegrenzung	428
c) Zwischengeschaltete Stellen	429
d) Fehlerhafte Kundenkennung	429
23. Beweislast bei der Ausführung von Zahlungsvorgängen (§ 676 BGB)	429
24. Ausgleichsanspruch (§ 676a BGB)	429
25. Anzeigepflicht – Ausschlussfrist (§ 676b BGB)	430
a) Anzeigepflicht (Abs. 1)	430
b) Ausschlussfrist (Abs. 2)	430
c) Ersatz von Folgeschäden (Abs. 3)	431
26. Haftungsausschluss (§ 676c BGB)	431

Kapitel 10 Kreditkartengeschäft	433
A. Charakteristika des Kreditkarte-Systems	435
I. Zahlungssystem und Regelungsrahmen	435
II. Nutzungsmöglichkeiten	436
B. Konzeption des Kreditkarte-Systems	437
I. Universal- und Kundenkreditkarten	437
II. Systembetreiber	438
III. Barzahlungsverzicht und Zahlungsaufschub	438
1. »Kreditierung« bis Abrechnungszeitpunkt	438
2. Zahlungsablauf	440
IV. Verwendung der Kreditkarte zur Automatenabhebung und an POS-Kassen	441
C. Die Vertragsverhältnisse	441
I. Das Deckungsverhältnis von Kartenemittent und Karteninhaber (Emissionsvertrag)	441
1. Grundlagen der Vertragsbeziehung	441
2. Autorisierungsprinzip	442
3. Ausschluss des Autorisierungswiderrufs und Einwendungsdurchgriff	443
4. Unaufgefordertes Zusenden einer Kreditkarte	444
II. Das Akquisitionsverhältnis von Händler und Systembetreiber	444
III. Das Valutaverhältnis von Karteninhaber und Händler	445
1. Anspruch auf Akzeptanz der Kreditkarte	445
2. Akzeptanz der Karte erfüllungshalber	445
3. Akzeptanz der Karte eines Dritten	446
4. Entgelt für den Karteneinsatz	446
a) Wettbewerbsrechtliche Aspekte im Präsenzggeschäft	446
b) Verbraucherschutzrechtliche Aspekte im Fernabsatz	448
IV. Das Inkasso- bzw. Vollzugsverhältnis von Kartenemittent und Händler	449
1. Rechtsnatur des Zahlungsversprechens	449
2. Rechtliche Grundlagen im Präsenzggeschäft	451
a) Entstehungsvoraussetzungen des Zahlungsversprechens	451
b) Rückbelastungsklauseln	452
3. Rechtliche Grundlagen im Fernabsatz	453
a) Die Risikoverteilung nach gefestigter BGH-Rechtsprechung	453
b) Kritische Würdigung	454
c) Einschränkungen	454
d) Abgrenzung sinnvoller Formerfordernisse von reinen Formalismen	455
D. Haftungsfragen im Deckungsverhältnis	456
I. Die Vorgaben des § 675v BGB	456
1. Kartensperrung	457
2. Haftung unterhalb grober Fahrlässigkeit	457
a) Fälle des § 675v Abs. 1 S. 1 BGB	457
b) Fälle des § 675v Abs. 1 S. 2 BGB	458
3. Haftung ab grober Fahrlässigkeit	459
a) Fälle des § 675v Abs. 2 Nr. 1 BGB	459
b) Verletzung vereinbarter Bedingungen, Abs. 2 Nr. 2	460

II.	Beweis des ersten Anscheins für grob fahrlässige Sorgfaltspflichtverletzung	461
1.	Rechtsprechungsgrundsätze	462
2.	Vereinbarkeit der bisherigen Grundsätze mit § 675w BGB	463
III.	Verlust bei Versendung der Karte	465
E.	Zusatzkarten	466
Kapitel 11 Automatisierte Zahlungsgeschäfte		469
A.	Formen automatisierter Zahlungsgeschäfte	469
B.	Das ec-Geldautomatensystem	470
I.	Entstehung und Funktion	470
II.	Die ec-Abrede	471
III.	Entgelt für die Nutzung des GAA	472
IV.	Der ec-Kartenmissbrauch	474
C.	Das electronic-cash-System	475
I.	Funktion	475
II.	Historischer Hintergrund	477
III.	Die electronic-cash-Abrede	479
IV.	Fehlerhafte Abbuchungen	479
V.	Der ec-Kartenmissbrauch	480
D.	Online-Banking	480
I.	Entwicklungen und Funktionen	481
II.	Der Online-Vertrag	483
1.	Rechtsnatur und Kontrahierungszwang	483
2.	Aufklärungs- und Sorgfaltspflichten	483
III.	Systemfehler	485
IV.	Missbrauch	485
V.	HBCI/FinTS-Bedingungen	486
E.	Die Geldkarte	487
I.	Die Geldkarte – System und Funktionen	487
II.	Rechtliche Einordnung	487
III.	Zahlungsgarantie	488
Kapitel 12 Scheckgeschäft		491
A.	Rechtsnatur – Funktionen	492
B.	Scheckvertrag – Scheckfähigkeit	495
I.	Scheckvertrag – Inkassoabrede	495
II.	Scheckfähigkeit der GbR	497
III.	Einwendungen gegen den scheckrechtlichen Rückgriffsanspruch	497
C.	Scheckmissbrauch (Fälschung – Abhandenkommen)	498
I.	Grundsätze (Nr. 3 SchB 01)	498
II.	Scheckfälschung	498
1.	Mitverschulden des Kunden	499
a)	Grundsätze	499
b)	Einzelfälle	500
2.	Mitverschulden der Bank	502
3.	Wissenszurechnung	504
III.	Abhanden gekommene Schecks (Nr. 3 Abs. 2 SchB 2001)	505
1.	Abhandenkommen	505
2.	Grobe Fahrlässigkeit	506
a)	Grundsätze	506
b)	Fallgruppen	507
3.	Mitverschulden	512
IV.	Andere Fälle des Missbrauchs	513
D.	Die Schecksperre	514
I.	Grundsätze	514
II.	Rechtspflichten nach Schecksperre	515
E.	Der Bereicherungsausgleich	516
I.	Teilweise fehlerhafte Schecks	517

II.	Scheckfälschungen	518
III.	Fehlbuchungen	519
IV.	Entreicherung	519
E.	Scheckeinlösungszusage – Scheckbestätigung	520
I.	Grundsätze	520
II.	Abgrenzung: Scheckgarantie – Scheckbestätigung	521
III.	Grenzen der Scheckgarantie	523
IV.	Unwirksame Scheckgarantie	524
V.	Die Scheckeinlösungsbestätigung: Haftung für fehlerhafte Auskunft	525
G.	Das Scheckinkasso	526
I.	Hauptpflichten aus dem Inkassoverhältnis	526
II.	Vorbehaltsgutschrift – Einlösung – Stornierung	526
III.	Der Rückgriff gegen den Aussteller	528
IV.	Pflichtverletzungen gegenüber dem Überbringer	530
V.	Pflichtverletzungen gegenüber dem Aussteller	532
VI.	Sicherungsrechte der Inkassobank	533
	Kapitel 13 Reisescheck	535
A.	Entstehung und Funktion	535
B.	Rechtsnatur	536
C.	Anwendbares Recht	538
D.	Missbrauch	538
I.	Echter Reisescheck	538
II.	Fälschungsrisiko	539
III.	Übernahme des Diebstahlsrisikos durch AGB	541
IV.	Rückerstattungsanspruch bei gestohlenen Reiseschecks	542
E.	Insolvenz	543
	Kapitel 14 Kreditgeschäft	545
A.	Grundlagen	546
I.	Der Begriff Kredit	547
II.	Historischer Hintergrund	549
III.	Funktionen	549
B.	Darlehensvertrag	550
I.	Grundlagen	550
II.	Anwendungsvoraussetzungen	552
	1. Normstruktur	552
	2. Pflichten des Darlehensgebers	553
	a) Wertverschaffung	553
	b) Zur Verfügung stellen	554
	c) Aufklärungs- und Beratungspflichten	555
	3. Fälligkeit	556
	4. Pflichten des Darlehensnehmers	556
	a) Zinsen	556
	b) Rückerstattungspflicht	558
	c) Pflicht zur Sicherheitenbestellung	559
	d) Pflicht des Kreditnehmers zur Abnahme der Valuta	560
	5. Zeitpunkt der Zinszahlung	560
	6. Der sog. Forward-Darlehensvertrag	561
	7. Fälligkeit des Rückzahlungsanspruchs	561
	8. Kosten des Darlehensvertragsschlusses	562
C.	Krediteröffnungsvertrag	562
I.	Begriff und Rechtsnatur	562
II.	Zustandekommen des Krediteröffnungsvertrages	564
III.	Das Recht auf Kreditgewährung	566
	1. Das Abrufrecht	566
	2. Auszahlungsmodalitäten	567

3.	Abtretbarkeit/Verpfändbarkeit/Pfändbarkeit	568
a)	Abtretung	568
b)	Verpfändung	569
c)	Pfändung durch Dritte	569
IV.	Das Verhältnis zum Verbraucherdarlehen	570
V.	Bereitstellungszinsen	570
D.	Nichtabnahme- und Vorfälligkeitsentschädigung (§ 490 Abs. 2 BGB)	572
I.	Anspruch	572
II.	Berechnungsgrundsätze	576
III.	Pauschalierung	579
E.	Zinsen und Kosten	581
I.	Zinsen und Kosten	582
1.	Zinsen	582
a)	Grundsätze	582
b)	Disagio	583
2.	Kosten	586
II.	Die Höhe der Zinsen	591
1.	Grundsätze	591
2.	Referenzzinssätze	593
3.	Zinsanpassungsklauseln	593
4.	Sollzinssatz	597
III.	Transparenz über Zinsen und Kosten	598
1.	Informationen über den Preis	598
2.	Der effektive Jahreszins	599
3.	Annuitätendarlehen – Transparenzgebot	600
F.	Rücksichtspflichten bei Vergabe von Darlehen	603
I.	Grundsätze	603
1.	Dogmatische Grundlagen	606
2.	Funktionen von Rücksichtspflichten	606
3.	Begriffe/Abgrenzungen	608
4.	Der Haftungsgrund für die Verletzung von Rücksichtspflichten	609
5.	Bewegliche Systeme zur Ermittlung des Inhalts und Umfangs von Schutzpflichten	610
a)	Grundlagen und Entwicklungen	610
b)	Bewegliches System zur Ermittlung von Inhalt und Umfang vertragsbezogener Schutzpflichten	611
II.	Fallgruppen	612
1.	Konkreter Wissensvorsprung	612
2.	Gefährdungstatbestände	617
3.	Unerfahrenheit	618
4.	Schwerwiegender Interessenkonflikt	619
5.	Täuschungen durch Dritte	620
III.	Überschreitung der Kreditgeberrolle	622
G.	Das nichtige Darlehen	625
I.	Verstoß gegen gesetzliche Verbote	625
1.	§§ 55, 56 GewO	625
2.	Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	626
3.	Verbraucherdarlehen	626
4.	Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	626
II.	Sittenwidrigkeit des Darlehens	627
1.	Grundsätze	627
2.	Das Verhältnis von § 138 Abs. 1 BGB zu § 138 Abs. 2 BGB	627
3.	Die Generalklausel (§ 138 Abs. 1 BGB): sittenwidrige Ratenkreditverträge	628
4.	Durchbrechung der Rechtskraft	633
5.	Mitdarlehensnehmer, Mithaftender und Bürge	634
6.	Scheingeschäft und andere Unwirksamkeitsgründe	635
7.	Der Bereicherungsausgleich	636
H.	Kreditkündigung	638
I.	Begriffe	639

II.	Grundsätze	639
III.	Die Rechtsgrundlagen für die Kreditkündigung	639
IV.	Die ordentliche Kündigung (§ 488 Abs. 3 BGB)	640
	1. Die Kündigung zur Unzeit	641
	2. Die missbräuchliche Kündigung	643
	3. Die sittenwidrige Kündigung	645
	4. Exkurs: Ordentliche Kündigung nach Nr. 19 Abs. 1 AGB-Banken bzw. Nr. 26 Abs. 1 AGB-Sparkassen	645
V.	Die Kündigung nach § 489 BGB	647
	1. Grundlagen	647
	2. Sollzinssatz	648
	3. Darlehensverträge mit gebundenem Sollzinssatz	649
	a) Darlehen mit auslaufender Zinsbindung	649
	b) Langfristige Festzinsdarlehen	649
	4. Darlehen mit veränderlichem Zinssatz	650
	5. Fiktion der nicht erfolgten Kündigung (§ 489 Abs. 3 BGB)	651
	6. Keine Erschwerung des Kündigungsrechts (§ 489 Abs. 4 S. 1 BGB)	651
	7. Exkurs: Kündigung von Bausparverträgen zehn Jahre nach Zuteilungsreife	652
VI.	Die außerordentliche Kündigung (§§ 490, 314 BGB)	652
	1. Grundlagen	652
	2. Beziehung zu § 314 BGB	653
	3. Beziehung zu § 313 BGB	653
	4. Beziehung zu Nr. 19 Abs. 3 AGB-Banken/Nr. 26 Abs. 2 AGB-Sparkassen	653
	5. Das Vorliegen eines wichtigen Grundes	654
	a) Unrichtige Angaben über die Vermögenslage (§ 490 Abs. 1 BGB)	654
	b) Wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage	655
	c) Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten	659
	6. Schranken der außerordentlichen Kündigung	659
	7. Vorzeitige Kündigung des Darlehensnehmers/Vorfälligkeitsentschädigung (§ 490 Abs. 2 BGB)	661
	a) Vorfälligkeitsentschädigung	663
	b) Berechnungsgrundsätze	663
	8. § 490 Abs. 3 BGB	663
Kapitel 15 Verbraucherdarlehensrecht		665
A.	Überblick	670
B.	Die europäische Dimension des Verbraucherdarlehensrechts	672
C.	Rechtssoziologischer Hintergrund des Verbraucherdarlehensrechts	674
D.	Verbraucherdarlehensrecht	676
I.	Der Verbraucherdarlehensvertrag (§ 491 BGB)	676
	1. Grundlagen	676
	2. Der persönliche Anwendungsbereich	678
	a) Unternehmer als Darlehensgeber	678
	b) Verbraucher (§ 13 BGB)	679
	3. Der sachliche Anwendungsbereich	683
	a) Grundsätze	683
	b) Bürgschaften	685
	c) Ratenzahlungszuschläge bei Versicherungsverträgen	686
	4. Ausnahmen nach § 491 Abs. 2 S. 2 BGB	686
	5. Ausnahmen nach § 491 Abs. 4 BGB	690
	6. Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag nach § 491 Abs. 3 BGB	691
	7. Immobilierverzehr-kreditvertrag nach § 491 Abs. 3 S. 4 BGB	693
	8. Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen (§ 505a – § 505d BGB) ...	695
II.	Vorvertragliche Informationspflichten (§ 491a BGB)	697
	1. Grundlagen	697
	2. Informationen nach § 491a Abs. 1 BGB	698
	a) Art. 247 EGBGB	698
	b) Art. 247 § 2 EGBGB für Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge	699

	c) Art. 247 § 2 Abs. 2 EGBGB (Muster der vorvertraglichen Informationen bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen)	702
	d) Art. 247 § 3 Abs. 1 EGBGB (Inhalt der vorvertraglichen Information bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen)	702
	e) Art. 247 § 3 Abs. 2 EGBGB (Definitionen)	707
	f) Art. 247 § 3 Abs. 3 EGBGB (Beispielhafte Erläuterungen von effektivem Jahreszins und Gesamtbetrag)	708
	g) Art. 247 § 3 Abs. 4 EGBGB (Angaben zum Sollzinssatz)	708
	h) Art. 247 § 4 EGBGB (weitere Angaben bei vorvertraglichen Informationen bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen)	709
	i) Art. 247 § 5 EGBGB (Information bei besonderen Kommunikationsmitteln)	710
	j) Art. 247 § 8 EGBGB (Zusatzleistungen)	711
	k) Art. 247 § 9 EGBGB a.F.	713
	l) Art. 247 § 10 EGBGB (Angaben bei Überziehungsmöglichkeiten)	713
	m) Art. 247 § 11 EGBGB (Angaben bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen zur Umschuldung)	713
	n) Art. 247 § 12 EGBGB (entgeltliche Finanzierungshilfen)	713
	o) Art. 247 § 13 EGBGB (Darlehensvermittler)	713
	3. § 491a Abs. 2 BGB (Anspruch auf Übermittlung eines Vertragsentwurfs)	714
	4. § 491a Abs. 3 BGB (Erläuterungspflicht)	714
	5. § 491a Abs. 4 BGB (Vertrag über einen Immobilieförderkredit)	718
	6. Rechtsfolgen	719
III.	Schriftform, Vertragsinhalt (§ 492 BGB)	719
	1. Schriftform (§ 492 Abs. 1 BGB)	719
	2. Inhalt des Verbraucherdarlehensvertrags (§ 492 Abs. 2 BGB)	721
	a) Vertragsinhalt – Art. 247 § 6 EGBGB	722
	b) Art. 247 § 7 EGBGB (weitere vertragliche Angaben)	725
	c) Art. 247 §§ 8–13 EGBGB	726
	3. Abschrift des Vertrags – Tilgungsplan (§ 492 Abs. 3 BGB)	726
	4. Vollmacht (§ 492 Abs. 4 BGB)	727
	5. Textform (§ 492 Abs. 5 BGB)	728
	6. Nachholen von Angaben (§ 492 Abs. 6 BGB)	728
	7. Wirksame Vereinbarung eines veränderlichen Sollzinssatzes (§ 492 Abs. 7 BGB)	730
IV.	Informationen während des Vertragsverhältnisses (§ 493 BGB)	731
	1. Information vor Ende der Zinsbindung (Abs. 1)	731
	2. Unterrichtung vor Beendigung des Darlehensvertrags (§ 493 Abs. 2 BGB)	733
	3. Informationspflicht bei Zinsanpassungen (§ 493 Abs. 3 BGB)	734
	4. Informationspflichten für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge in Fremdwährung (§ 493 Abs. 4 BGB)	735
	5. Informationspflichten für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge bei Absicht vorzeitiger Rückzahlung (§ 493 Abs. 5 BGB)	736
	6. Informationspflichten für neue Gläubiger (§ 493 Abs. 6 BGB)	736
	7. Rechtsfolgen	737
V.	Rechtsfolgen von Formmängeln (§ 494 BGB)	737
	1. Nichtigkeit wenn Schriftform nicht eingehalten (§ 494 Abs. 1 BGB)	737
	2. Gültigkeit trotz Mangels (§ 494 Abs. 2 BGB)	739
	3. Zu niedriger effektiver Jahreszins (§ 494 Abs. 3 BGB)	741
	4. Kosten, Zins- und Kostenanpassungen (§ 494 Abs. 4 BGB)	742
	5. Neuberechnungen der Teilzahlungen (§ 494 Abs. 5 BGB)	742
	6. Fehlen weiterer Angaben (§ 494 Abs. 6 BGB)	742
	7. Anspruch auf veränderte Abschrift (§ 494 Abs. 7 BGB)	744
	8. Unzulässige Rechtsausübung	744
VI.	Widerrufsrecht – Verbundene Verträge	744
	1. Widerrufsrecht (§ 495 Abs. 1 BGB)	746
	2. Ausschlussfrist und Verwirkung des Widerrufsrechts	748
	3. Ausnahmen vom Widerrufsrecht (§ 495 Abs. 2 BGB)	750
	4. Bedenkzeit nach § 495 Abs. 3 BGB	751
	5. Rechtsfolgen des Widerrufs	751

	6. Verbundene Verträge (§ 358 BGB)	753
	7. Rückabwicklung verbundener Verträge	761
	8. Der Einwendungsdurchgriff (§ 359 BGB)	762
	a) Grundsätze	762
	b) Einwendungsdurchgriff	763
	c) Rückforderungsdurchgriff?	764
	9. Zusammenhängende Verträge (§ 360 BGB)	765
VII.	Einwendungsverzicht; Wechsel- und Scheckverbot (§ 496 BGB)	767
	1. Unwirksamer Einwendungsverzicht (§ 496 Abs. 1 BGB)	767
	2. Information über den neuen Gläubiger (§ 496 Abs. 2 BGB)	767
	3. Verbot der Scheck- und Wechselverbindlichkeit (§ 496 Abs. 3 BGB)	768
VIII.	Zahlungsverzug des Darlehensnehmers (§ 497 BGB)	769
	1. Grundsätze	769
	2. Pauschalierung des Verzugschadens (§ 497 Abs. 1 BGB)	769
	3. Konkreter Schaden	770
	4. Vorfälligkeitsentschädigung	770
	5. Verbuchung der Zinsen	772
	6. Tilgungsreihenfolge (§ 497 Abs. 3 BGB)	772
	7. Verjährung	772
	8. Sondervorschrift für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge (§ 497 Abs. 4 BGB)	774
IX.	Gesamtfälligkeitstellung bei Teilzahlungsdarlehen (§ 498 BGB)	774
	1. Anwendungsbereich	774
	2. Kündigung	775
	3. Kündigungsvoraussetzungen	775
X.	Kündigungsrecht des Darlehensgebers; Leistungsverweigerung (§ 499 BGB)	778
	1. Kündigungsfristen (§ 499 Abs. 1 BGB)	778
	2. Verweigerung der Auszahlung	778
	3. Kündigung bei Verletzung der Kreditwürdigkeitsprüfung	779
XI.	Kündigungsrecht des Darlehensnehmers; vorzeitige Rückzahlung (§ 500 BGB)	780
XII.	Kostenermäßigung (§ 501 BGB)	781
XIII.	Vorfälligkeitsentschädigung (§ 502 BGB)	782
	1. Angemessene Vorfälligkeitsentschädigung (§ 502 Abs. 1 BGB)	783
	2. Ausschluss des Anspruchs auf Vorfälligkeitsentschädigung (§ 502 Abs. 2 BGB)	785
	3. Höchstgrenzen für Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge (§ 502 Abs. 3 BGB)	786
XIV.	Besondere Vorgaben für Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge i.S.v. § 491 Abs. 3 BGB	786
	1. Kopplungsgeschäfte bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen (§§ 492a, 492b BGB)	787
	2. Kreditwürdigkeitsprüfung beim Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag	789
	3. Informationspflichten bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen (Art. 247 § 1 EGBGB)	791
	4. Vertragsinhalt bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen (Art. 247 § 6 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 S. 3 EGBGB)	792
	5. Weitere Angaben im Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag (Art. 247 § 7 Abs. 2 EGBGB)	792
	6. Besondere Regelungen für Darlehensvermittler (§ 655a BGB) bei Immobilier- Verbraucherdarlehensverträgen (insb. Art. 247 § 13b EGBGB)	793
	7. Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen (§ 511 BGB i.V.m. Art. 247 § 18 EGBGB)	793
	8. Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag in Fremdwährung (§ 503 BGB)	794
XV.	Eingeräumte Überziehungsmöglichkeiten (§ 504 BGB)	795
XVI.	Geduldete Überziehungsmöglichkeiten (§ 505 BGB)	797
XVII.	Zahlungsaufschub, sonstige Finanzierungshilfe (§ 506 BGB)	798
	1. Anwendbarkeit des Verbraucherdarlehensrechts (Abs. 1)	798
	2. Immobilier-Verbraucherdarlehensvertrag (§ 506 Abs. 1 S. 2, S. 3 BGB)	800
	3. Nutzung von Gegenständen als Finanzierungshilfe (§ 506 Abs. 2 BGB)	801
	4. Teilzahlungsgeschäfte (§ 506 Abs. 3 BGB)	803
	5. Ausnahme vom Anwendungsbereich (§ 506 Abs. 4 BGB)	803

XVIII.	Teilzahlungsgeschäfte (§ 507 BGB)	804
1.	Anwendungsausnahmen (Abs. 1)	804
2.	Rechtsfolgen – Nichtigkeit und Heilung (§ 507 Abs. 2 BGB)	805
3.	Lieferung von Sachen/Leistungen nur gegen Teilzahlungen (§ 507 Abs. 3 BGB)	806
XIX.	Rücktritt bei Teilzahlungsgeschäften (§ 508 BGB)	807
1.	Rücktrittsrecht des Unternehmers (§ 508 S. 1–4 BGB)	807
2.	Rücktrittsfiktion (§ 508 S. 5 BGB)	808
3.	Verbundene Verträge (§ 508 S. 6 BGB)	809
XX.	Unentgeltliche Darlehensverträge (§ 514 BGB) und Unentgeltliche Finanzierungen (§ 515 BGB)	810
1.	Unentgeltliche Darlehensverträge (§ 514 BGB)	810
2.	Unentgeltliche Finanzierungen (§ 515 BGB)	811
XXI.	Ratenlieferungsverträge (§ 510 BGB)	811
1.	Grundsätze	811
2.	Formgerechte Ratenlieferungsverträge (§ 510 Abs. 1 BGB)	812
3.	Widerrufsrecht nach § 510 Abs. 2 BGB	813
4.	Besondere Regelungen in § 510 Abs. 3 BGB	813
XXII.	Abweichende Vereinbarungen (§ 512 BGB)	814
1.	Grundsätze	814
2.	Die Voraussetzungen von § 512 BGB	814
XXIII.	Anwendung auf Existenzgründer (§ 513 BGB)	815
1.	Grundsätze	815
2.	Tatbestandliche Voraussetzungen	815
XXIV.	Der Sachdarlehensvertrag	817
1.	Vertragstypische Pflichten beim Sachdarlehensvertrag (§ 607 BGB)	817
a)	Grundsätze	817
b)	Tatbestandsvoraussetzungen	817
2.	Kündigung (§ 608 BGB)	818
3.	Entgelt (§ 609 BGB)	819
	Kapitel 16 Schuldscheindarlehen	821
A.	Einführung	825
B.	Formen der Abwicklung von SSD	828
C.	Zivilrechtliche Einordnung des SSD	830
D.	Rechtliche Bedeutung des Schuldscheins	830
E.	Geschäftsvorgänge zur Platzierung von SSD	832
I.	Arrangierung	832
II.	Übertragung von SSD	834
F.	Zusatzfunktionen des arrangierenden Kreditinstitutes	837
I.	Zahlstellenvertrag	837
II.	Treuhandverhältnisse zwischen arrangierendem Kreditinstitut und Investoren	838
G.	SSD-Dokumentation und inhaltliche Ausgestaltung des Darlehensvertrages	839
H.	Reorganisation von SSD	844
I.	Aufsichtsrechtliche Behandlung von SSD	847
J.	Spezielle SSD-Investoren	856
I.	Versicherungsunternehmen als Schuldscheininvestoren	856
II.	Investmentvermögen als Schuldscheininvestoren	863
K.	Kommunalschuldscheindarlehen	868
I.	Begriffsbestimmung	869
II.	Bankaufsichtsrechtliche Besonderheiten der Kommunalkreditvergabe	870
III.	Kommunalrechtliche Anforderungen und Schranken der Kommunalkreditvergabe	872
IV.	Besonderheiten in der Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand	873
V.	Besonderheiten für Versicherungen auf Investorenmite	874
L.	Ähnliche Finanzierungsinstrumente	874
I.	Konsortialdarlehen	874
1.	Begriff	874
2.	Erscheinungsformen	874
3.	Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse	877

4.	Wesentlicher Transaktionsablauf	879
a)	Arrangierung	879
b)	Syndizierung	880
c)	Wesentlicher Vertragsinhalt	882
5.	club deal-Finanzierungen	883
II.	Kreditunterbeteiligung	884
Kapitel 17 Depotgeschäft		887
A.	Der Gegenstand des Depotgeschäfts	889
I.	Entstehung eines Verwahrverhältnisses	889
II.	Abgrenzung zu anderen Verwahrverhältnissen	891
1.	Schranksfächer	891
2.	Unregelmäßige Verwahrung	892
3.	Vermögensverwaltung	892
4.	Hinterlegungsstellen – gesetzliche Vertreter	892
B.	Verwahrung nach dem DepotG	893
I.	Grundsätze	893
II.	Sonderverwahrung (§ 2 DepotG)	893
III.	Sammelverwahrung (§ 5 DepotG)	894
1.	Besitzstufungen	895
2.	Position des Eigentümers	896
a)	Bruchteilseigentum und seine Konsequenzen	896
b)	Herausgabeansprüche, Insolvenz- und Vollstreckungsschutz	897
IV.	Girosammelverwahrung an anderen Effektenformen	899
1.	Sammelurkunden	899
2.	Dauer-Globalurkunden	899
3.	Wertrechte	900
a)	Sammelschuldbuchforderungen	900
b)	Einzelschuldbuchforderungen	901
4.	Ausländische Wertpapiere	901
V.	Sonstige Verwahrformen	902
1.	Streifbandverwahrung	902
2.	Tauschverwahrung	902
3.	Pfandverwahrung	902
4.	Die unregelmäßige Verwahrung	902
5.	Verwahrung mit Verfügungsermächtigung	903
6.	Auslandsaufbewahrung	903
a)	Treuhandeigentum der Depotbank	903
b)	Drei-Punkte-Erklärung	904
VI.	Internationale Clearing-Systeme	905
C.	Verwaltung	905
I.	Inkassotätigkeit	905
II.	Benachrichtigungs- und Prüfungspflichten	905
D.	Für andere	906
E.	Pflichten der Depotbank	906
I.	Verwahrung und Formen der Informationspflichten	906
II.	Depotauszug und Inkasso	907
1.	Depotauszug	907
2.	Inkasso	907
3.	Erfüllungszeitpunkt bei Inkasso	908
III.	Benachrichtigungspflichten	909
IV.	Urkundenprüfungen	911
V.	Depotstimmrecht	911
VI.	Aufgaben und Pflichten der Depotbank als Verwahrstelle nach dem Kapitalanlagegesetzbuch	912
1.	Verwahrstelle	912
2.	Erteilung von Zustimmungen zu Geschäften	913
3.	Kontrollpflichten	914
4.	Divisionslösung	915

	5. Pflichten bei Feststellung von Verstößen	915
	6. Dokumentation und Prüfung der Verwahrstelle	915
F.	Pflichten des Depotkunden	916
I.	Entgelt	916
II.	Pfandrecht der Depotbank	916
Kapitel 18	Vermögensverwaltung	917
A.	Die Entwicklung des Zivil- und Aufsichtsrechts der Vermögensverwaltung	918
B.	Definition und Abgrenzung der Vermögensverwaltung von verwandten Dienstleistungen ..	919
C.	Das Aufsichtsrecht der Vermögensverwaltung	922
I.	Genehmigungserfordernis für die Erbringung der Finanzdienstleistung »Finanzportfolio- verwaltung« gem. §§ 32, 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 3 KWG	922
II.	Ermittlung einer Erlaubnis und institutionelle Aufsicht nach dem KWG	924
III.	Verhaltenspflichten und Verhaltensaufsicht nach dem WpHG	925
IV.	Rechtsfolgen von Verstößen des Vermögensverwalters gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben	929
D.	Das Zivilrecht der Vermögensverwaltung	932
I.	Der Vermögensverwaltungsvertrag	932
II.	Grundsätze ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung	934
III.	Rechnungslegung und Benachrichtigungspflichten	936
IV.	Haftung für fehlerhafte Vermögensverwaltung	937
Kapitel 19	Anlageberatung	941
A.	Rechtsgrundlagen der Anlageberatung	944
I.	Nebeneinander von Zivil- und Aufsichtsrecht	945
II.	Bedeutung des Aufsichtsrechts für das Zivilrecht	946
B.	Aufsichtsrechtlicher Rahmen der Anlageberatung	948
I.	Begriff der Anlageberatung	948
II.	Aufsichtsrechtliche Pflichten	950
	1. Erlaubnispflicht	950
	2. Kundenklassifikation	951
	3. Explorationspflicht und Geeignetheitsprüfung	952
	4. Produktinformation	954
	5. Organisatorische Pflichten	956
C.	Zivilrechtlicher Rahmen der Anlageberatung	957
I.	Abschluss des Beratungsvertrages	957
II.	Konzept der anleger- und objektgerechten Beratung	959
D.	Haftung für fehlerhafte Anlageberatung	962
I.	Vertragliche Haftung	962
	1. Pflichtverletzung	962
	2. Vertretenmüssen	966
	3. Schaden, Mitverschulden	966
	4. Kausalität	968
	5. Verjährung	968
II.	Deliktische Haftung	970
III.	Bereicherungsrecht	972
E.	Vergütung der Anlageberatung	972
I.	Aufsichtsrechtliches Zuwendungsverbot	973
II.	Zivilrechtliche Rechtsprechung	974
	1. Rückvergütungen	975
	2. Innenprovisionen	976
	3. Gewinnmarge	977
	4. Negativer Marktwert	977
Kapitel 20	Effektengeschäft	979
A.	Grundlagen	981
I.	Marktfunktion des Effektengeschäfts	981
II.	Begriff des Effektengeschäfts	982
III.	Entwicklung und Entmaterialisierung des Effektengeschäfts	983

IV.	Formen des Effektengeschäfts	984
1.	Kommission	986
2.	Kommission mit Selbsteintritt	988
3.	Ausführung über Xetra Best	988
4.	Festpreisgeschäft	990
5.	Abschlussvermittlung	991
B.	Vertragsschluss und Vertragsbeendigung	992
I.	Fernabsatzgesetz	992
II.	Einbeziehung von AGB	993
III.	Festlegung auf eine Ausführungsart	994
IV.	Wirksamkeitshindernisse	995
1.	Mistrade-Klauseln	995
2.	Anfechtung	996
3.	Nichtigkeit wegen Verstößen gegen gesetzliche Verbote (§ 134 BGB)	998
4.	Nichtigkeit wegen Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB)	999
5.	Spiel- und Wetteinwand (§ 762 BGB)	1000
V.	Vertragsbeendigung	1000
C.	Die Vertragspflichten des Effektengeschäfts	1002
I.	Die Ausführung von Effektenaufträgen auf Grundlage der Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte (SBW)	1002
II.	Beachtung von Kundenweisungen	1004
III.	Interessenwahrende Auftragsausführung	1005
IV.	Gültigkeitsdauer und Erlöschen von Effektenaufträgen nach den Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte (SBW)	1006
V.	Herausgabe des Erlangten	1007
VI.	Zivilrechtliche Benachrichtigungs- und Rechenschaftspflichten	1009
VII.	Erfüllungshaftung des Kommissionärs gemäß § 384 Abs. 3 HGB	1010
VIII.	Kundenpflichten und Obliegenheiten	1011
1.	Auslagen, Vergütung, Vorschuss	1011
2.	Reklamations- und sonstige Mitwirkungsobliegenheiten	1012
D.	Verhaltenspflichten nach WpHG	1013
I.	Die rechtliche Qualifizierung der Wohlverhaltenspflichten nach §§ 63 ff. WpHG	1014
II.	Allgemeine aufsichtsrechtliche Sorgfaltspflichten	1017
III.	Vermeidung von Interessenkonflikten	1019
IV.	Offenlegung von Interessenkonflikten	1022
V.	Kundeneinstufung gem. § 67 WpHG, § 2 WpD-VerOV	1023
VI.	Aufsichtsrechtliche Informationspflichten	1025
1.	Erteilung von Basisinformationen, § 63 Abs. 7 WpHG	1027
a)	Informationen über das Wertpapierdienstleistungsunternehmen und seine Dienstleistungen	1029
b)	Informationen über die Art und Risiken von Finanzinstrumenten	1029
c)	Angaben zu Prospekten, zusammengesetzten Finanzinstrumenten und zu Garantien	1030
d)	Informationen über Ausführungsplätze	1030
e)	Informationen über Kosten und Nebenkosten	1031
f)	Rechtzeitige Informationserteilung	1032
g)	Aushändigung und Aktualisierung von Informationen § 63 Abs. 7 WpHG/Art. 46 Abs. 1-2 Delegierte Verordnung (EU) 2017/565)	1033
2.	Informationspflichten im beratungsfreien Geschäft	1033
a)	Die Explorationspflicht im beratungsfreien Geschäft	1034
b)	Die Angemessenheitsprüfung im beratungsfreien Geschäft	1034
3.	Informationspflichten im reinen Ausführungsgeschäft (execution only)	1036
4.	Kundenbenachrichtigung	1037
VII.	Bearbeitung von Kundenaufträgen	1040
VIII.	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (§ 83 WpHG/Art 58, 76 Delegierte Verordnung (EU) 2017/565/9 WpD-VerOV)	1043

E.	Abwicklung des Effektengeschäfts	1045
I.	Abwicklung des Effektengeschäfts gegenüber anderen Marktteilnehmern (Inland)	1045
II.	Abwicklung des Effektengeschäfts gegenüber dem Kunden	1046
	1. Verschaffung von Alleineigentum an Wertpapieren durch Absendung des Stückeverzeichnisses gemäß § 18 Abs. 3 DepotG	1046
	2. Verschaffung von Miteigentum an den zum Sammelbestand einer Wertpapiersammelbank gehörenden Wertpapieren gemäß § 24 Abs. 2 DepotG	1048
	3. Verschaffung von Miteigentum an girosammelverwahrten Wertpapieren gemäß § 929 BGB	1049
	4. Anschaffung von Wertpapieren im Ausland, § 22 DepotG	1051
	Kapitel 21 Wertpapierleihe	1053
A.	Die Entstehung der Wertpapierleihe	1054
I.	Begriff und Marktbedeutung der Wertpapierleihe	1054
II.	Die Marktbeteiligten und ihre Motive	1055
	1. Einsatzmöglichkeiten der Wertpapierleihe	1055
	2. Die Marktbeteiligten	1057
III.	Marktsegmente	1057
B.	Rechtliche Qualifikation der Wertpapierleihe	1059
I.	Sachdarlehen	1059
II.	Abgrenzung zu verwandten Geschäften	1059
	1. Echtes Wertpapierpensionsgeschäft	1059
	2. Unechtes Wertpapierpensionsgeschäft	1060
	3. Repo-Geschäft	1061
	4. Buy-/Sell- Back- Geschäfte	1062
C.	Der Vertragsinhalt einer Wertpapierleihvereinbarung	1062
I.	Pflichten des Verleihers	1062
II.	Pflichten des Entleihers	1063
	1. Rückgewähr	1063
	2. Entgelt	1063
	3. Sicherheiten	1063
III.	Termin- und Differenzeinwand nach § 53 BörsG a.F.	1064
D.	Rechtliche Strukturen der Formen der Wertpapierleihe	1064
I.	Das Wertpapierleihsystem der Clearstream Banking AG	1064
	1. Überblick	1064
	2. Vertragsbeziehungen zwischen dem verleihenden und dem entleihenden Kreditinstitut ..	1065
	3. Vertragsbeziehungen zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden	1065
	a) Kreditinstitut – Verleiher	1065
	b) Kreditinstitut – Entleiher	1067
II.	Wertpapierleihsysteme der Kreditinstitute	1067
III.	Vereinbarkeit der Wertpapierleihe mit § 13 DepotG	1068
E.	Aufsichtsrechtliche und bilanzielle Behandlung der Wertpapierleihe	1069
F.	Stimmrechte aus entliehenen Papieren	1071
	Kapitel 22 Derivate	1075
A.	Allgemeines	1081
I.	Grundidee derivativer Finanzinstrumente	1082
II.	Systematisierung	1082
	1. Nach dem Erfüllungszeitpunkt	1082
	2. Nach dem Handelsort	1083
	3. Nach dem Vertragsinhalt	1083
	4. Nach dem Handelsmotiv	1084
III.	Funktionen der Institute bei Derivategeschäften	1085
	1. Zwischenpartei	1085
	2. Aktive Partei	1086
	3. Vermittler	1086
	4. Berater	1086

IV.	Risiken	1086
1.	Marktrisiko	1086
2.	Gegenparteirisiko	1087
3.	Liquiditätsrisiko	1087
4.	Operationelles Risiko	1087
5.	Systemisches Risiko	1088
V.	Der aufsichtsrechtliche Derivatebegriff	1088
1.	Begriffsbestimmung	1088
a)	Starre Begriffsdefinitionen	1088
b)	Typuslehre	1089
c)	Stellungnahme	1092
2.	Einordnung der Erscheinungsformen in den Kapitalmärkten	1093
a)	Zinsderivate	1093
b)	Währungsderivate	1096
c)	Wertpapierderivate und ausgewählte Handelsstrategien	1097
d)	Kreditderivate	1101
e)	Wetterderivate	1103
f)	Katastrophenderivate	1104
g)	Sportderivate	1104
h)	Stromderivate	1104
VI.	Zivilrechtliche Fragen bei Derivategeschäften	1105
1.	Derivate als Spiel oder Wette i.S.d. § 762 BGB	1105
2.	Derivate als Versicherungsverträge	1108
3.	Zivilrechtliche Einordnung nach Vertragstyp	1110
a)	Festgeschäfte	1110
b)	Swapgeschäfte	1112
c)	Optionsgeschäfte	1113
4.	Zivilrechtliche Wirksamkeit von Derivategeschäften	1114
a)	Derivategeschäfte mit juristischen Personen des Privatrechts	1114
b)	Derivategeschäfte mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts	1117
B.	Rechte und Pflichten der Vertragsparteien	1124
I.	Vorgestaltung der Rechtsbeziehung	1124
1.	Rechtsbeziehungen der Parteien im Börsenhandel	1124
2.	Rechtsbeziehungen der Parteien im professionellen OTC-Handel	1125
a)	Allgemeines	1125
b)	Deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte	1128
c)	Clearing-Rahmenvereinbarung	1131
d)	ISDA Master Agreement	1131
3.	Rechtsbeziehungen zu nicht-professionellen Investoren	1133
4.	Schiedsverfahren für Streitigkeiten aus Derivategeschäften	1133
a)	Gründe für die Streitbeilegung durch Schiedsverfahren	1133
b)	Schiedsvereinbarung	1134
c)	Schiedsvereinbarungen mit Verbrauchern	1135
d)	Schiedsvereinbarungen in AGB	1136
5.	Sicherheitsleistungen	1137
II.	Informationspflichten vor Vertragsschluss	1139
1.	Allgemeines	1139
2.	Aufklärungspflichten des Beraters	1141
a)	Anlegergerechte Beratung	1142
b)	Objektgerechte Beratung	1143
3.	Aufklärungspflichten bei der Vermittlung von Derivategeschäften	1155
a)	Schriftliche Auskunftspflicht	1155
b)	Risiken des Geschäfts	1156
c)	Ausmaß und Wirkungen der Vermittlervergütung	1157
4.	Beratungspflichten gegenüber speziellen Kunden	1158
1.	Institutionelle Anleger	1158
2.	Kommunen	1160
3.	Kleinanleger	1160

III.	Sondervorschriften für verbriefte Derivate.....	1162
	1. Prospektpflicht	1162
	2. Schuldverschreibungsgesetz	1163
	3. Derivate-Kodex	1163
C.	Regulatorische Anforderungen	1164
I.	Überblick	1164
II.	Öffentliches Kapitalmarktrecht	1165
	1. EMIR.....	1168
	a) Gegenständlicher und persönlicher Anwendungsbereich.....	1169
	b) Zentrales Clearing.....	1171
	c) Bilaterale Risikosteuerung	1183
	d) Meldung an Transaktionsregister	1201
	2. MiFID II und MiFIR	1207
	a) Handelsplatzpflicht	1207
	b) Clearingpflicht	1210
	c) Anforderungen an Clearingmitglieder.....	1211
	d) Indirektes Clearing	1211
	e) Portfoliokomprimierung	1215
	f) Positionen in Warenderivaten	1217
	g) Produktintervention	1232
	3. REMIT	1233
	a) Insider-Informationen	1234
	b) Meldepflicht	1234
	c) Ausführungsbestimmungen	1235
	4. SFTR	1235
	5. EU-LeerverkaufsVO	1236
	6. Hochfrequenzhandel.....	1237
III.	Bankaufsichtsrecht.....	1238
	1. CRR.....	1238
	a) Eigenmittelanforderungen im zentralen Clearing.....	1238
	b) CVA-Risiko	1239
	c) Vertragliches Netting und Besicherung	1239
	2. SAG	1239
	a) Maßnahmen im Vorfeld der Abwicklung	1239
	b) Abwicklungsinstrumente und Derivatekontrakte	1240
	Kapitel 23 Emissions- und Konsortialgeschäft	1241
A.	Grundlagen	1243
I.	Begriff und wirtschaftlicher Ablauf	1243
	1. Begriff und Bedeutung des Konsortialgeschäftes	1243
	2. Konsortialgeschäft als Bankgeschäft und Wertpapierdienstleistung.....	1244
	3. Formen von Emissionen	1244
	4. Emissionskonsortien: Aufgaben und Erscheinungsformen.....	1245
	5. Platzierungsmethoden.....	1247
	6. Chancen und Risiken im Emissions- und Konsortialgeschäft	1248
II.	Rechtsbeziehungen beim Emissionsgeschäft im Überblick.....	1249
B.	Das Emissionskonsortium	1250
I.	Rechtsnatur des Emissionskonsortiums	1250
	1. Gesellschaftszweck	1250
	2. Gesellschaftsvermögen	1251
	3. Emissionskonsortium als Typendehnung	1252
	4. Internationale Emissionskonsortien	1252
II.	Das Innenrecht des Emissionskonsortiums	1253
	1. Pflichten der Konsorten	1253
	a) Beitragspflicht	1253
	b) Gewinn- und Verlustbeteiligung	1255

2.	Pflichten des Konsortialführers	1256
a)	Beratung des Emittenten	1256
b)	Wahrnehmung der Interessen der Anleger	1256
c)	Wahrnehmung der Interessen der Konsorten	1257
d)	Prospekterstellung und Börseneinführung	1258
3.	Haftungsmaßstab bei Pflichtverletzungen	1258
4.	Geschäftsführung und Vertretung des Konsortiums	1259
5.	Haftung der Konsortialmitglieder für Handlungen des Konsortialführers	1259
6.	Beendigung des Konsortiums	1260
C.	Rechtsbeziehungen zwischen Emittent und Konsortium	1261
I.	Übernahmevertrag	1261
1.	Typischer Regelungsinhalt eines Übernahmevertrages	1261
2.	Rechtsnatur des Übernahmevertrages	1262
a)	Emission von Forderungsrechten	1262
b)	Emission von Mitgliedschaftsrechten	1263
II.	Ausgewählte Regelungsgegenstände und Rechtsfragen des Übernahmevertrages	1264
1.	Preisfindungsmechanismen	1264
2.	Pflicht zur Übernahme, Unterbringung und Bezahlung	1265
3.	Prospekterstellung und Börseneinführung	1266
a)	Prospekterstellung	1266
b)	Börseneinführung	1266
4.	Haftungsbeschränkungen gegenüber dem Emittenten	1267
5.	Rücktrittsklauseln	1267
6.	»Nachträgliche« Änderung von Anleihebedingungen	1268
7.	Kursstabilisierungsmaßnahmen	1269
8.	Greenshoe-Option	1270
9.	Marktschutzvereinbarungen	1271
10.	Zuteilungsverfahren	1273
D.	Rechtsbeziehungen zwischen Konsortium und Anleger	1273
I.	Rechtsbeziehungen aufgrund des Platzierungsvorgangs	1273
II.	Rechtsbeziehungen aufgrund des Übernahmevertrages	1274
1.	Rechtsbeziehungen vor Abschluss des Übernahmevertrages	1274
2.	Rechtsbeziehungen nach Abschluss des Übernahmevertrages	1274
III.	Rechtsbeziehungen aufgrund der Übernahme von Sonderfunktionen	1274
IV.	Prospektverantwortlichkeit der Konsortialmitglieder	1275
1.	Emissionsbanken als Adressaten der Prospekthaftung	1275
2.	Sorgfaltspflichten der Mitglieder des Emissionskonsortiums	1276
3.	Interne Haftungsfreistellung	1278
4.	Internationale Prospekthaftung	1279
	Kapitel 24 Kartellrecht der Bankgeschäfte	1281
A.	Einführung	1286
B.	Empfehlungen und Standardisierungen	1289
I.	Kartellrechtliche Einordnung im Allgemeinen	1289
1.	Empfehlungen der Spitzenverbände der Kreditwirtschaft als Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen	1290
a)	Die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft als Vereinigung von Unternehmen i.S.v. Art. 101 Abs. 1 AEUV bzw. § 1 GWB	1290
b)	Die Empfehlungen der Spitzenverbände der Kreditwirtschaft als Beschlüsse i.S.v. Art. 101 Abs. 1 AEUV bzw. § 1 GWB	1292
2.	Befolgung von Empfehlungen durch Banken als abgestimmte Verhaltensweise von Unternehmen	1293
II.	Besondere Aspekte	1294
1.	Empfehlungen zu Preisen für Bankdienstleistungen	1294
a)	Zinsempfehlungen	1294
b)	Empfehlungen zu Gebühren und Provisionen	1296
2.	Empfehlungen zu anderen Konditionen als Preisen	1299

C.	Online-Bezahlsysteme	1300
I.	Überblick über relevante Zahlungsinstrumente im stationären Handel und im Fernabsatz im Allgemeinen	1301
II.	Besondere Zahlungsinstrumente im Internethandel	1304
	1. Girokontoabhängige Verfahren	1304
	2. Nutzerkontoabhängige Verfahren	1305
III.	Online-Überweisungsdienste im Internethandel im Besonderen	1306
	1. Kartellrechtliche Problematik	1306
	2. Entscheidung des BKartA	1306
	3. Kartellrechtliche Bewertung	1306
	a) Beschluss einer Unternehmensvereinigung/abgestimmte Verhaltensweise von Unternehmen	1307
	b) Bezwecken und/oder Bewirken einer (spürbaren) Wettbewerbsbeschränkung	1312
	c) Anwendbarkeit von Artikel 101 Abs. 1 AEUV, § 1 GWB (Nebenabreden)	1316
	d) Eignung zur (spürbaren) Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	1317
	e) Möglichkeit der Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV bzw. § 2 GWB	1318
	f) Verstoß gegen § 19 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 GWB	1323
	4. Folgen der Entscheidung	1325
D.	Geldausgabe-Automaten- und Kartenzahlungssysteme	1325
I.	Geldausgabe-Automatensysteme	1326
	1. Einführung und historische Entwicklung	1326
	a) Ehemaliges (ausschließliches) System der Interbankenentgelte	1327
	b) Signifikante Erhöhung der Entgelte und teilweise Sperrung von Geldautomaten für Fremdadhebungen	1330
	c) Ablösung des (ausschließlichen) Systems der Interbankenentgelte durch direkte Kundenentgelte für Fremdadhebungen außerhalb der Geldautomatenverbünde	1331
	2. Kartellrechtliche Bewertung	1334
	a) Sperrung von Geldautomaten für Fremdkunden	1334
	b) Festsetzung von Entgelten für Fremdadhebungen	1348
II.	Kartenzahlungssysteme	1359
	1. »electronic-cash«-System und Händlerentgelte	1360
	a) Grundlagen des »electronic-cash«-Systems	1360
	b) Händlerentgelte und deren kartellrechtliche Behandlung durch das BKartA	1361
	c) Anspruch auf Kartellschadensersatz	1367
	2. Weitere kartellrechtliche Aspekte im »electronic-cash«-System	1388
	a) Barzahlungsgebot bzw. Preisaufschlagsverbot	1388
	b) Standardisierungsinitiativen zum Nachteil des Elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV)	1390
	3. Kreditkartensysteme	1392
	a) Einführung und Problemstellung	1392
	b) Überblick über die Entscheidungspraxis	1394
	c) Regulierung auf europäischer Ebene	1404
E.	Das SEPA-Lastschrift-System	1406
I.	Einführung	1407
II.	Kartellrechtliche Aspekte des SEPA-Lastschrift-Systems	1408
	1. Problemstellung und wesentliche Etappen der bisherigen Entwicklung	1408
	a) Die gemeinsame Presseerklärung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank vom 04.09.2008	1410
	b) Gemeinsame Erklärung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank vom 24.03.2009	1410
	c) Verordnung (EG) Nr. 924/2009	1412
	d) Arbeitspapier der Europäischen Kommission vom 30.10.2009	1413
	e) Verordnungsvorschlag der Kommission vom 16.12.2010	1418
	2. Der Status quo hinsichtlich SEPA-Lastschrift-Systems	1420
	3. Kartellrechtliche Überlegungen zum Status quo	1421
	a) Zur Anwendbarkeit des Kartellrechts auf MIF-Vereinbarungen	1421
	b) Zum Begriff »unilaterale Vereinbarung«	1424

F.	Anspruch auf Kontoeröffnung	1424
I.	Anspruch auf Kontoeröffnung für jedermann	1425
	1. Bislang fehlte eine ausdrückliche gesetzliche Anspruchsgrundlage außerhalb des öffentlich-rechtlichen Kontrahierungszwangs	1428
	a) Die Empfehlung »Girokonto für jedermann« des ZKA als Alternative zu einem gesetzlichen Anspruch	1428
	b) Kritik an der Unverbindlichkeit der Empfehlung	1429
	2. Herleitung eines Kontoanspruches aus der Selbstverpflichtung der Institute bzw. aus der Empfehlung des ZKA?	1430
	3. Zahlungskontengesetz	1431
II.	Kartellrechtliche Ausgangslage	1433
	1. Kontrahierungszwang grundsätzlich auch auf Grundlage kartellrechtlicher Vorschriften möglich	1433
	2. Unmittelbare Anwendung der kartellrechtlichen Grundsätze auf den Fall des Abschlusses von Giroverträgen?	1435
	3. Zumindest entsprechende Anwendung kartellrechtlicher Vorschriften auf den Fall des Abschlusses von Giroverträgen?	1436
	a) LG Berlin, Urteil vom 08.05.2008 – 21 S 1/08	1436
	b) Stellungnahme	1438
G.	Exkurs	1439
I.	Besondere Aspekte der Fusionskontrolle im Bankensektor	1439
	1. Allgemeines	1439
	2. Marktabgrenzung	1441
	a) Sachliche relevante Märkte	1442
	b) Räumlich relevante Märkte	1447
	3. Sonderproblem: Beteiligung des Staates im Rahmen der Finanzmarktkrise	1448
II.	LIBOR-/EURIBOR-Manipulationen	1449
	1. Allgemeines	1449
	2. Rechtliche Einordnung	1452
	a) Allgemeines	1452
	b) Verstoß gegen das Kartellverbot des Art. 101 AEUV	1453
	3. Zusammenfassung und Ausblick	1456
	 Stichwortverzeichnis	 1457